

Sowjetwissenschaften allseitig auswerten

Wenn wir heute die vergangene zwei Dekaden der Weltgeschichte überblicken — und nur in diesen Rahmen kann unser Fortschritt in der DDR nichtern und real gewürdigt werden —, so finden wir die marxistisch-leninistische Feststellung bestätigt, daß das sozialistische Weltsystem, vor allem die Sowjetunion, die entscheidende Kraft des ant imperialistischen Kampfes der Völker darstellt und zum ausschlaggebenden Faktor der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft wird.

Wir, die organisierten Freunde der Sowjetunion, dürfen uns glücklich und stolz fühlen, in besonderer Weise dazu beizutragen zu haben, daß unser sozialistischer Friedensstaat zum festen Bestandteil des sozialistischen Weltsystems wurde.

Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft hat es sich zur Aufgabe gemacht, eine der wichtigsten Lehren, die die Partei der Arbeiterklasse aus der Geschichte gezogen hat, zu popularisieren. Diese Lehre besteht darin, daß die Lebensinteressen des deutschen Volkes ein beständiges freundschaftliches Verhältnis zur Sowjetunion zwingend erfordern. Das liegt auch im Interesse aller anderen europäischen Völker. Das bedeutet die europäische Sicherheit.

Für feste Kampfgemeinschaft DDR — UdSSR

Wir halten es deshalb heute, im Zusammenhang mit der Moskauer Weltkonferenz der Kommunistischen und Arbeiterparteien, für besonders erforderlich, unsere Argumentation darzulegen. Wir tun es mit dem Ziel, unsere Mitglieder noch besser zu befähigen, ihre Aufgaben als DSF-Mitglied zu erfüllen. Und diese sind in erster Linie politisch-ideologischer Natur.

Die Herausbildung und Festigung des sozialistischen Weltsystems und damit auch die Entwicklung unserer sozialistischen Republik sind undenkbar ohne die Sowjetunion. Und was für den bisherigen Entwicklungsprozess galt, das gilt auch für unsere gemeinsame Passivität ...

Wenn das politische Grundwissen unserer Hochschulform darin besteht, das Hochschulleben, seine Potenzen in Ausbildung und Weiterbildung, sozialistischer Erziehung und Forschung als organischen Bestandteil des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR zu gestalten, dann müssen wir für uns folgende Forderung ableiten:

Die schnelle Entwicklung in Wissenschaft und Technik setzt höhere Maßstäbe in der engen Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfe zwischen den sozialistischen Ländern.

Gerade jene Gebiete, die Gegenstand unserer täglichen Arbeit sind,

werden immer mehr zum Hauptfeld des hartnäckigen und komplizierten Klassenkampfes in der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus. Daraus hat die Sozialistische Einheitspartei die Schlussfolgerung gezogen, daß wir unsere Aufgabe der Gestaltung des sozialistischen Systems aus eigenen Kräften lösen müssen. Das ist natürlich nicht auf die Potenzen der DDR bezogen, sondern bezieht sich auf die Ressourcen des sozialistischen Lagers. Und in diesem Rahmen gewinnt die enge Wirtschafts- und Wissenschaftsoperation mit der UdSSR so große Bedeutung.

Es ist für manche Freunde nicht immer einfach, dieser logischen Konsequenz aus der internationalen Klassenauseinandersetzung zu folgen und selbst richtig zu denken.



Blick ins Präsidium der DSF-Jahreshauptversammlung. Prof. Dr.-Ing. Leichter, der neu gewählte Vorsitzende der DSF-Grundleitung, Dr. Bernauer und der Sekretär der HPL, Genosse Ueberfahr (v. l. u. r.). Am Rednerpult: Genosse Dr. Minich, Mitglied des Vorstandes. Foto: Schädina

und zu handeln. Wir haben im letzten Jahr Diskussionen geführt, wobei die von solchen Grundthesen ausgeht:

Warum machen wir die Stellung zur Sowjetunion zu einem Hauptkriterium sozialistischen Denkens, sozialistisch-internationalistischen Bewusstseins?

Warum die Forderung nach systematischer und gründlicher Auswertung sowjetischer Wissenschaftserkenntnisse?

Solche Fragen beweisen, daß wir die Akzente in unserem Arbeitsprogramm für 1989 richtig gesetzt haben.

So hatten wir zum Beispiel als erstrangige Aufgabe formuliert, daß es notwendig ist, die Bedeutung der engen Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfe zwischen der Sowjetunion und der DDR, besonders zur

Meisterung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der Nutzung der Wissenschaft als Produktivkraft zu erläutern. Aber auch das ist nur die eine Seite, mit der eine zweite, auf die Praxis orientierte, unmittelbar verbunden ist. Wir haben als Grundorganisation der DSF an der Hochschule seit dem letzten Jahr verstärkt auf die Zirkulararbeit zur planmäßigen Auswertung sowjetischer Erfahrungen und Erkenntnisse orientiert. Unser Hauptanliegen dabei ist das wissenschaftlich-produktive Studium in einer solchen Weise zu fördern, wie es nicht zuletzt den Erfahrungen sowjetischer Hochschulen entspricht ...

Wir sind der Meinung, daß auch bei uns noch mehr in dieser Hinsicht erreicht werden kann, wenn PDM, DSF und die staatlichen Leitungen

sich gemeinsam der Sache annähmen.

Zum 100. Geburtstag W. I. Lenins

An dem für das Frühjahr 1970 geplanten Kolloquium zum 100. Geburtstag W. I. Lenins werden die Resultate gemeinsamer Bemühungen um die Erziehung der Studenten in der Forschung in aller Breite unter Beweis gestellt. Bis dahin muß aber noch viel getan werden ...

Was bisher vorliegt und sein wird — nicht einmal immer durch unsere Initiative — ist in den einzelnen Sektionen noch sehr unterschiedlich.

Gut ist die Auswertung sowjetischer Forschungsergebnisse in den Sektionen Mathematik, Maschinenbauelemente und Verarbeitungstechnik entwickelt. Unter der Leitung

von Hochschullehrern der Sektion Mathematik, die fast alle bekannte sowjetische Hochschulen absolviert haben, werden in verschiedenen Lehrbereichen Forschungsseminare durchgeführt, die das Ziel haben, unsere Forschungsergebnisse der Sowjetunion für die eigene Forschung der Sektion entsprechend ihrem Profil aufzubereiten.

In der Sektion Maschinenbauelemente dominiert die Übersetzertätigkeit in den wissenschaftlichen Studienzirkeln. Hier besteht auch eine sehr gute Zusammenarbeit mit dem Lehrbereich Fremdsprachen der Sektion Erziehungswissenschaften.

Bereitet Ausdruck für die Leistungen dieses Lehrbereiches sind die von Jahr zu Jahr steigenden Studentenzahlen in der Beteiligung am Übersetzerwettbewerb sowie die immer größer werdende Leistungsdichte ...

Wir können uns auch keineswegs mit der Tatsache zufriedengeben, daß in den Programmen der zahlreichen Seminare und auch der Arbeitskollektive, die um den Ehrenpreis „Sozialistisches Studentenkollektiv der TH“ beziehungsweise „Kollektiv der sozialistischen Arbeiterkämpfer“ nur wenige Gruppen in dieser Hinsicht konkrete Verpflichtungen übernommen haben, obwohl die Kriterien für ein „Kollektiv der deutsch-sowjetischen Freundschaft“ in den meisten Programmen immanent vorhanden sind. Wir möchten deshalb dazu aufrufen, die Programme diesbezüglich zu konkretisieren und am Wettbewerb zur Erreichung des Titels „Kollektiv der deutsch-sowjetischen Freundschaft“ teilzunehmen ...

In diesem Sinne leisten wir unseren Beitrag zum 100. Jahrestag unserer Republik und orientieren unsere Freunde, vor allem die Studenten, darauf, hohe Leistungen zu Ehren des 100. Geburtstages W. I. Lenins zu vollbringen.

(Aus dem Rechenschaftsbericht des DSF-Vorstandes)

Im Anschluß an den Rechenschaftsbericht wurden die 50 besten Studenten im Übersetzerwettbewerb ausgezeichnet. Ausgehend von diesem Beispiel für die kontinuierliche Arbeit der Freunde im Lehrbereich Fremdsprachen und für die richtige Einstellung unserer Studenten zur unmittelbaren Aneignung von Erkenntnissen der Sowjetwissenschaft wurde in der Diskussion für die weitere Arbeit festgelegt:

Die DSF-Arbeit ist in den Sektionen zu aktivieren und inhaltlich vorwiegend auf die Lösung der politisch-erziehunglichen und wissenschaftlich-technischen Aufgaben zu konzentrieren.

Nach der neuen Struktur der Hochschule sind DSF-Gruppen auf Sektionsebene zu bilden, die u. a. eine systematische Auswertung sowjetischer wissenschaftlicher Literatur, technischer Dokumentationen usw. organisieren. Die Sektionsgruppenleitungen werden künftig auf Delegierungen in die Sowjetunion Einfluß nehmen und für die Auswertung in Sektionsversammlungen sorgen.

Der Vorstand der DSF-Grundorganisation wird einen eigenen Beitrag zur Entwicklung des geistig-kulturellen Lebens leisten.

Leitung der SPO vorgestellt

In der erweiterten Leitungsgesitzung der Sektion Verarbeitungstechnik am 4. Juni dieses Jahres stellte der 1. Sekretär der SPO, Genosse Dr. Rudolf Ruder, die neu gewählte Sektionsparteileitung und den Parteigruppenorganisator der Parteigruppe Mitarbeiter vor. Anschließend sprach der Genosse Dr. Ruder über die wichtigsten Aufgaben, die sich aus der Verwirklichung der Beschlüsse des 8. und 10. Plenums des Zentralkomitees unserer Partei, der SPO-Wahlbereichsversammlung und der 3. Delegiertenkonferenz der Hochschulparteiorganisation für die Sektion ergeben.

In der Berufswahlversammlung hatten sich die Genossen unter anderem mit der Frage beschäftigt: Was müssen wir in der politisch-ideologischen Arbeit tun, um unsere Genossen und alle Mitarbeiter der Sektion noch wirksamer wirksam werden zu lassen, sie an der Planung und Leitung, an der bewußten Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus teilnehmen zu lassen? Die Genossen hatten sich vorgenommen, die führende Rolle der Partei in der Sektion, auf der Grundlage eines eigenen Standpunktes, des SPO, noch besser zu verwirklichen und vor allem durch sorgfältige Überwachungsarbeit die sozialistische Demokratie weiter zu entfalten.

In der Zusammenkunft vom 4. Juni sprach Genosse Dr. Ruder über die Konzeption der Parteigruppenarbeit, welche Schwerpunkte Genosse Dr. Ruder, die neu gewählte Sektionsparteileitung und den Parteigruppenorganisator der Parteigruppe Mitarbeiter vor. Anschließend sprach der Genosse Dr. Ruder über die wichtigsten Aufgaben, die sich aus der Verwirklichung der Beschlüsse des 8. und 10. Plenums des Zentralkomitees unserer Partei, der SPO-Wahlbereichsversammlung und der 3. Delegiertenkonferenz der Hochschulparteiorganisation für die Sektion ergeben.

Kritische Auseinandersetzung verstärken

Im April dieses Jahres fand eine Beratung von Mitgliedern der FDJ-Hochschulleitung und der Leitung der Sektion für Marxismus-Leninismus statt. Dort wurden konkrete Maßnahmen für die weitere Auswertung der FDJ-Aktivitäten zur Erhöhung der Wirksamkeit des marxistisch-leninistischen Grundstudiums vom März festgelegt.

Hauptsächlich ging es darum, in allen Seminaregruppen die politisch-ideologische Auseinandersetzung über die Haltung aller Studenten zu ihrem Studium als Klassenkampf und besonders zum marxistisch-leninistischen Grundstudium zu führen.

Die FDJ-Hochschulleitung gab zur Vorbereitung der diesen Zweck dienenden FDJ-Gruppenversammlungen ein gedrucktes Material heraus, das inhaltlich gut orientierte und von vielen Gruppen richtig genutzt wurde. Auf der Grundlage eines Beschlusses der Sektionsparteileitung unterstützen die Genossen der Sektion für Marxismus-Leninismus die FDJ-Gruppen bei der Vorbereitung dieser Versammlungen und nahmen selbst daran teil.

Inzwischen sind diese Versammlungen in den meisten FDJ-Gruppen durchgeführt worden und es ist an der Zeit, eine erste Bilanz zu ziehen.

Eine dringende Aufgabe besteht weiterhin in der Erhöhung der Effektivität der Tätigkeit aller Mitarbeiter durch Verringerung der unproduktiven Zeiten. Dazu ist es notwendig, die politisch-ideologische Arbeit zu verbessern und solche Bedingungen zu schaffen, daß sich jeder Mitarbeiter für die ganze Sektion verantwortlich fühlt, mit seinen Gedanken und seiner ganzen Kraft zur Verbesserung der Arbeit beiträgt und die Persönlichkeitsentwicklung jedes einzelnen Genossen, Freundes und Kollegen in sozialistischen Kollektiven gefördert wird.

Genosse Dr. Ruder sagte, daß die SPO sechs Schwerpunktaufgaben unter Parteikontrolle genommen hat. Er verleierte der Sektionsparteiorganisation alle Kraft einsetzen werden, um die großen Aufgaben erfüllen zu helfen, die die Sektion zu lösen hat.

Dabei gilt es, zwei prinzipielle Feststellungen zu treffen: Erstens wurde bei den Studenten die Erkenntnis vertieft, daß es von den objektiven Anforderungen unsere gesellschaftlichen Entwicklung her notwendig ist, die Wirksamkeit des marxistisch-leninistischen Grundstudiums unbedingt zu erhöhen. Zum anderen aber entsprach die kritische Auseinandersetzung in den Gruppen, die kritische Einschätzung der eigenen Leistungen, die Auseinandersetzung mit noch vorhandenen Schwächen und mangelhaften Studiermoral und -disziplin noch nicht voll den neuen, höheren Anforderungen, dem Maßstaben von morgen.

Hier ist noch viel zu tun, hier liegen noch große Reserven, die wir im Interesse der weiteren raschen Verwirklichung der 8. Hochschulreform zu erschließen gilt.

Die FDJ-Gruppen sollten insbesondere bei der Beratung der Programme für den Kampf um den Titel „Sozialistisches Studentenkollektiv“ konkrete Maßnahmen festlegen, um im nächsten Studienjahr einen weiteren bedeutenden Schritt nach vorn zu gehen.

Die FDJ-Gruppenversammlungen in den meisten FDJ-Gruppen waren dann ein durchaus würdiger und vielversprechender Auftakt.

Ein Mann - eine Stadt - ein Status

Historische Rück Erinnerungen anlässlich einer Provokation

VI. Teil und Schluß

Die Springerpresse hatte in der ersten Aprilhälfte des Jahres 1963 ihre Schlagzeilen und Sensationsberichte: „Der Himmel hing voller Mienen“ ... „Rote Jäger im Sturmflug“ ... die Groschen-„Bild-Zeitung“ vom 7. April. Und die „Welt“ vom 8. April: „Schlag 8.00 Uhr gab eine dumpfe Schallmauerdetonation den Auftakt zu einem Krawall, der über die Mittagstunden ... unterbrochen wurde ... nach 15.00 Uhr ... kamen sie wieder an, die sowjetischen MIG 21, silberglänzend, fliehn am Himmel, in Rotten zu zweit, einzeln, als Quartett, in Staffelformationen — immer nur mit einem Ziel: die Lufteinrichtung des Kreuzfahrtschiffes ... insulnd, bedend, pfiffend, alle Register ihrer Dissonanzspielziehend, durchschneiden sie den Himmel.“ Ein Dönerjäger raste so dicht über das Dach hinweg, ergänzte die amerikanische Nachrichtenagentur UPI in einem Bericht vom Abend des 7. April. „Auf Augenzwängen ... befürchteten, die Maschine, rasert das Dach ab“.

Das Dach blieb, nicht aber die wenigen, die sich da in der Westberliner Kongreßhalle widerrechtlich — aber bei weitem nicht vollständig — zusammengedrückt hatten. Sie rüsteten Hals über Kopf ab, ohne ihr „Programm“ erfüllt zu haben.

Die Nerven der Piloten in den sowjetischen Düsenmaschinen waren gut, nicht aber die der Teilnehmer an der provokatorisch nach Westberlin einberufenen Sitzung des Bonner Bundestages. Einer von ihnen, der damalige Bundestagsleiter Ludwig Erhard, suchte gleich ein Sanatorium am Tegernsee auf, weil er — laut der amerikanischen Nachrichtenagentur AP — „unbedingte Ruhe“ haben mußte.

Die westdeutsche CDU hatte an der Niederlage ihrer „Deutschlandpolitik“ am 13. August 1961 keine Lehren gezogen. Auf ihrem 13. Parteitag Ende März 1965 erklärte ihr

geschäftsführender Vorsitzender J. H. Dufosse: „Wenn wir die Möglichkeiten ... unserer Situation im Auge fassen ... müssen wir davon ausgehen, daß (West-)Deutschland seit dem ersten Weltkrieg noch nie so stark war wie heute.“ Von dieser großwahnwahnigen Position aus wollten sie am 7. April 1963 die seit 1961 gefährlichste Westberlin-Provokation in Szene setzen. Die völkerrechtlich nach Westberlin einberufene Bundestagsitzung sollte zu einer spektakulären, von aller Welt beachteten Demonstration für die Bonner „Alleinvertretungsanmaßung“ sowie für den aggressiven Anspruch auf Westberlin werden.

Dieser Anschlag der Bonner Ultra wurde auf ganz unkonventionelle Weise abgewehrt. Die Regierung unserer Republik verbot einfach die Durchreise für die Bonner Bundestagsabgeordneten — die als Bestandteil ihrer Provokation den Landweg wählen wollten —, und alle Welt erkannte, wie es die „Frankfurter Rundschau“ vom 10. April 1963 formulierte: „Die Souveränität der DDR beginnt dort, wo ein Wachmeister der Volkspolizei seine Kelle erheben und den Regierenden Bürgermeister von (West-)Berlin (damals Willy Brandt — A. H.) zwingen kann, anzuhalten, umzukehren ...“ Die gemeinsamen Truppenübungen der NYA und der zentral in der DDR stationierten sowjetischen Streitkräfte, in deren Rahmen auch die anfangs genannten MIG 21 im Einsatz waren, stellten eine zusätzliche Lektion dar, um den Bonner Ultra bereits damals die Grenzen ihrer Macht vor Augen zu führen.

Ganz Berlin gehört zur DDR!

Im Verlaufe unserer Betrachtung haben wir anhand von Ereignissen, Dokumenten und Personen festgestellt, daß ganz Berlin als Bestand-

teil der damaligen sowjetischen Besatzungszone lediglich wegen seiner Rolle als Hauptstadt eines künftigen friedliebenden, demokratischen Deutschland und zeitweiliger Sitz des Alliierten Kontrollrats einen Sonderstatus erhielt, von den Truppen aller vier Mächte der damaligen Antihitler-Koalition besetzt wurde. Wir haben auch gesehen, wie die Regierungen der Westmächte alle auch Berlin betreffende völkerrechtlich gültigen Vereinbarungen ständig verletzt und schließlich einseitig gebrochen haben.

Aus all dem ergibt sich einmal, daß nach ihrer Gründung vor nunmehr 20 Jahren, ganz Berlin rechtens zur Deutschen Demokratischen Republik gehört und zum anderen Truppen der Westmächte wider alles Recht die westlichen Teile der Hauptstadt unserer Republik besetzt halten, um dort ein Besatzungsregime zu verewigen, für dessen Bestehen die Regierungen der USA, Großbritannien und Frankreichs die völkerrechtlichen Grundlagen selbst zerstört haben.

Die Zugehörigkeit Westberlins zum Territorium der Deutschen Demokratischen Republik einseitig und die Aufrechterhaltung des Besatzungsregimes durch die Westmächte in diesem Teil der Stadt andererseits charakterisieren den gegenwärtigen faktischen Zustand Westberlins als einen völkerrechtlich noch nicht neu fixierten Status charakterisierter Westberlin als eine besondere politische Einheit.

Dazu kommt als ein weiterer Faktor, daß sich in Westberlin infolge des nunmehr fast 25 Jahre andauernden Besatzungsregimes durch imperialistische Mächte, eine andere sozio-ökonomische Entwicklung als in der Deutschen Demokratischen Republik vollzogen hat und die Westberliner Bevölkerung ihren Weg zum gesellschaftlichen Fortschritt selbst finden und gehen muß.

Von dieser historisch entstandenen besonderen politischen Situation hat sich die Deutsche Demokratische Republik in ihrer Westberlinpolitik, beruhend auf den Prinzipien der friedlichen Koexistenz, stets löten lassen. So stimmte die DDR im Interesse der friedlichen Regelung der Westberlinfrage bereits 1953 einem sowjetischen Vorschlag (vom 27. November 1958) zu, der einen Kompromiß darstellte. Sie erklärte sich bereit, Westberlin, bis zum Zeitpunkt eines späteren demokratischen und friedlichen Vereinigung ganz Deutschlands als eine selbständige politische Einheit zu betrachten und diesem Teil der Stadt den „Charakter einer ... entmilitarisierten Freien Stadt mit eigener Regierung, eigenem sozialem und staatlichem System unter Garantie der vier Mächte sowie der Deutschen Demokratischen Republik, eventuell auch unter Beteiligung der Organisation der Vereinten Nationen, zu verleihen“. So nachzulesen bei Steiniger, Westberlin — Ein Handbuch zur Westberlinfrage, Berlin 1969, Seite 233.

In dem am 12. Juni 1964 abgeschlossenen Freundschafts- und Beistandsvertrag zwischen der DDR und der UdSSR fand diese Politik im Artikel 6 ihren Niederschlag. Durch Verträge der DDR mit anderen sozialistischen Staaten und verschiedene Dokumente von gemeinsamen Beratungen dieser Staaten wurde dieser realistische Standpunkt zur Grundlage der Westberlin-Politik der sozialistischen Staatengemeinschaft.

Bonner Berlin-Politik ohne Perspektive

Aus unserer gemeinsamen Betrachtung geht auch eindeutig hervor, daß Westberlin nicht zur deutschen Bundesrepublik gehört, daß

diese dort keinerlei „Rechte“ zu vertreten hat, daß weder der Bundestag der Bundesrat, das Bundeskanzleramt noch andere Bundesbehörden irgend etwas in diesem Teil der Stadt zu suchen haben.

Dieser aggressive Spaltenkrieg, vor nunmehr 20 Jahren kaum gegründet, erobert er schon, besonders mit den Artikeln 23 und 27 des Bonner Grundgesetzes, den Anspruch — als integrierenden Bestandteil der friedensgefährdenden, antinationalen und völlig völkerverrätzerischen Alleinvertretungsanmaßung —, das außerhalb seines Territoriums gelegene, zur DDR gehörende Westberlin als eines seiner Bundesländer in seinen territorialen Besitzstand einzuverleiben.

Trotz der seitdem bis heute immer wieder abgegebenen verschiedenen Erklärungen der Westmächte, daß Westberlin kein Land der Bundesrepublik ist, tolerierten diese jedoch immer wieder — im Interesse der gemeinsamen gegen die sozialistische Staatengemeinschaft gerichteten NATO-Politik jene Schritte der aggressiven herrschenden Bonner Kreise, die der schrittweisen De-facto-Eingliederung Westberlins in die Bundesrepublik dienen sollten.

Diese Aggressionspolitik gegenüber Westberlin — wie überhaupt die gesamte Politik des westlichen Imperialismus — kann den Bonner Machthabern auf die Dauer nur Niederlagen einbringen, wie wir es am Beispiel der Scheitern der großangelegten Provokation vom 7. April 1963 gesehen haben, oder sie in der Weltöffentlichkeit weiter isolieren, wie es die am 6. März dieses Jahres widerrechtlich in Westberlin durchgeführte Wahl Dr. Gustav Heinemann zum neuen Bonner Bundespräsidenten offenbart hat.

Digi-Historiker Alfred Hapler Sektion für Marxismus-Leninismus